

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 290, 15 291, 15 292 bis 15 291

Ernte Lage in Oberschlesien.

Rattowitz, Myslowitz, Beuthen in unserer Hand.

Die Lage im oberschlesischen Aufstandsgebiet ist, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, nach wie vor sehr ernst. Unsere Truppen sind bemüht, des Aufstandes Herr zu werden. Ihre Hauptaufgabe ist, die Grenze ordnungsmäßig zu besetzen, um eine Verbindung zwischen den aufständischen und Teilen der polnischen Armee zu unterbinden. Im Rattowitzer Bezirk ist die Lage so, daß leider nur noch die Städte Rattowitz und Myslowitz sich in den Händen unserer Truppen befinden. Der übrige Teil des Bezirkes befindet sich in den Händen der aufständischen. Etwas günstiger ist die Lage im Beuthener Bezirk. Aber auch hier darf man sich nicht über den Ernst der Situation hinwegtäuschen.

Die Pressestelle des Staatskommissariats in Rattowitz meldet: Etwas günstiger als in Myslowitz und Rattowitz ist die Lage im Beuthener Bezirk. Aber auch hier ist sie ernst. In Berichten aus dem Rattowitzer Bezirk heißt es: Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Roßdün-Schoppnitz, Janau, Gieschwald mit bewaffneten Banden, die mit Maschinengewehren und reichlich Munition versehen waren, statt. Leider gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen aufzuheben. Gegen Abend mußten angesichts dieser Lage die Truppen auf Rattowitz und Myslowitz zurückgezogen werden. Im Beuthener Bezirk sieht sich das Militär als Herr der Lage.

Neue Krisenstimmung in Budapest.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 18. August.

In politischen Kreisen Budapests spricht man bereits von einer Erschütterung des Kabinetts Friedrich. Diese Gerüchte sind auf die Haltung der Entente zurückzuführen. Diese ist der Ansicht, daß der Rücktritt des Erzherzogs Joseph allein eine gezielte Lösung der ungarischen Frage ermöglichen würde. An ein gewalttames Eingreifen denken die Alliierten allerdings nicht, andererseits wollen sie nur mit einer Regierung verhandeln, die den Willen der ganzen Nation zum Ausdruck bringt. Die Mitglieder der Szegediner Regierung, die sich aufgelöst hat, sind nur aus dem Grunde in das Kabinett nicht eingetreten, weil auch sie die Verweigerung des Erzherzogs Joseph mit Rücksicht auf die Stimmung in den Ententekreisen als unangemessen erachteten. Die Szegediner Regierung hat bereits eine weitgehende Annäherung an Jugoslawien erzielt, deren erste Vorbedingung jedoch war, daß keinerlei Versuche zu einer Wiederherstellung der Habsburger Dynastie gemacht werden.

Rotterdam, 18. August.

Der Korrespondent der „Times“ in Budapest hatte eine Unterredung mit dem Erzherzog Joseph. „Ich bin nach Ungarn zurückgekehrt“, sagte der Erzherzog, „nicht als Habsburger, sondern als Ungar. Ich werde meine Rolle als beendet ansehen, sobald das Kabinett sich endgültig gebildet und seine Stellung gesichert hat. In diesem Fall werde ich nicht einmal die Berufung der Nationalversammlung abwarten.“ Er betonte ferner, daß er ein Regieren unter Ausschluß der Sozialdemokratie für unmöglich halte. Auf die Frage, ob er geneigt sei, die Krone anzunehmen, falls die Nationalversammlung sie ihm anbiete, antwortete der Erzherzog ausweichend, indem er sagte, er habe noch keine Gelegenheit gehabt, einen solchen Schritt ernstlich zu überlegen. Der Erzherzog erklärte weiter, daß das Vorgehen gegen die Regierung Fejöl in Uebereinstimmung mit Rumänien erfolgt sei.

Erklärung des Grafen Czernin.

Wien, 18. August.

Der ehemalige Minister Graf Ottokar Czernin richtete an die „Korrespondenz Wilhelm“ eine Depesche, in welcher er gegenüber Darstellungen des Grafen Polzer erklärt: „Ich habe niemals geleugnet, daß ich die Verhandlungen mit dem Prinzen Sixtus begünstigt und gewünscht und selbst geführt habe, und ich habe selbstverständlich die volle Verantwortung für alles übernommen, was ich selbst dem Prinzen gesagt habe und was ihm mit meinem Wissen von anderer Seite gesagt worden ist. Sine-gegen habe ich die Verantwortung für Mitteilungen und Zusagen an den Prinzen welche ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken erfolgt sind, abgelehnt. Behrman Hollweg wurde damals sofort durch mich über den Inhalt der Unterredung unterrichtet. Meiner Dinge, die ich damals selbst nicht wußte, konnte

ich auch den Reichsanwalt nicht aufklären.“ Czernin erklärt schließlich er sei im Besitze von Dokumenten, welche bewiesen, daß er erst im Frühjahr 1918, also ein volles Jahr später zur Kenntnis dieser nichtamtlichen Nebenpolitik gekommen sei. Er sehe vorläufig keinen Grund, sein Beweismaterial zu veröffentlichen, er würde dies erst tun, wenn die Wahrheit seiner Darstellung von kompetenter Seite bestritten würde.

Vertagung der Nationalversammlung.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

Weimar, 19. August.

Die Weimarer Beratungen werden aller Voraussicht nach am Donnerstag zu Ende gehen. Die Ausschüsse werden am 28. September ihre Arbeit in Berlin wieder aufnehmen und etwa acht Tage später wird das Plenum zusammentreten. Das heute nach erfolgter Zustimmung des Reichsrats dem Ausschuss vorgelegte Betriebsrätegesetz wird wahrscheinlich noch in erster Lesung vor dem Beginn der Ferien behandelt und dann einem Ausschuss überwiesen werden.

Neue Ausschüsse werden demnächst zum Teil auf Grund der Verfassungsbestimmungen für folgende Angelegenheiten gebildet werden: ein Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, ein Ausschuss für Ausführung des Friedensvertrages, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Behandlung der Schulfrage und zur Vorbereitung des ordentlichen Staatsgerichtshofes.

In der Schlussitzung wird die Nationalversammlung dem Weimarer Nationaltheater eine Stiftung in beträchtlicher Höhe bewilligen, aus der die Veranstaltung vollständiger Vorstellungen ermöglicht werden soll.

Planwirtschaft in England.

Eine Programmrede Lloyd Georges.

Lloyd George hat gestern im Unterhaus eine Rede über die Lage der englischen Industrie und des Handels gehalten und sich dabei zu Grundfragen bekannt, die praktisch den in Deutschland gemachten Vorschlägen für eine Planwirtschaft gleichkommen. Er ging von den nach Kriegsende herrschenden Mischständen aus, dem Mangel an Material und Arbeit und den hohen Preisen. Von den bisher abgerückten 8 600 000 Mann ist der überwiegende Teil wieder in der englischen Industrie untergebracht. Die englische Handelsbilanz beträgt gegenwärtig nur achtundert Millionen Pfund Sterling, die Schulden des Staates haben eine Höhe von 7,8 Mill. Pf. erreicht, die Pensionen bilden eine jährliche Belastung von 100 Mill. Pf.

Als einziges Mittel zur Besserung der Lage bezeichnet Lloyd George die Hebung der Produktion. Er kündigte eine Vorlage über die Arbeitslöhne und Arbeitsstunden an, wodurch ein Einkommen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt und die Arbeitswoche von 48 Stunden eingeführt werden soll. Die Frage der Gewinnbeteiligung werde von der Regierung geprüft (sie wird also in dem Gesetzestwurf nicht vorzusehen sein). Ferner wird eine Vorlage über die Regelung der Wohnungsfrage angekündigt.

Was die Kohlenfrage betrifft, so spricht sich Lloyd George gegen die Verstaatlichung der Bergwerke aus. Dagegen hat die englische Regierung grundsätzlich einen Plan zur Vereinheitlichung der Kohlenförderung angenommen. Das Land soll in Distrikte geteilt und in jedem Distrikt soll die Produktion der Steinkohlengruben zusammengefaßt werden. Ähnlich wie bereits die planmäßige Zusammenfassung der Erzeugung elektrischer Kraft vorgehen ist, soll auch die Ausnutzung der Wasserkraft organisiert werden. Darüber ist auch mit den Regierungen der Dominien bereits Fühlung genommen.

Endlich kündigt Lloyd George eine Verbesserung des Verkehrs mit den Dominien und mit Indien an, ferner Maßnahmen bezüglich der Einfuhr, wodurch die überflüssige Wareneinfuhr und die Unterbietung der Preise der heimischen Industrie verhindert werden soll.

Carranzas Antwort an Amerika.

Rotterdam, 19. August.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, hat Carranza auf die Vorstellungen der amerikanischen Regierung wegen der an amerikanischen Bürgern verübten Mord- und Gewalttaten in Mexiko geantwortet: In der mexikanischen Wildnis sei die Sicherheit größer als in den Städten der kultiviertesten Länder. Carranza spielt damit auf die Regerverfolgungen in den Vereinigten Staaten an.

Die italienische Wahlreform.

Von

Ratio Passarge,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Rom, im August.

Schwerfällig und vor halbverlorenen Bänken schleppt sich im italienischen Parlament die Debatte über die Wahlreform hin, die Nitti, auf die Gefahr, seinen Posten niederzulegen, noch vor Beendigung der Sittingsperiode dieser Kammer (deren Existenzberechtigung Mitte Oktober abläuft) aus der Laufe heben will. Als über Italien der aus Rußland, Ungarn und Deutschland stammende Wind in den vergangenen Wochen hier Sturmwolken ballte, gehörte die Wahlreform zu den Mitteln jener elastischen Verteidigung, die das neue Ministerium mit bisher unbefriedigtem Erfolg anwandte, und der es nicht zuletzt das Land zu verdanken hat, wenn aus dem drohenden Hagelschlag am Ende ein befruchtendes Gewitter wurde. Wenn man vor vier Wochen die äußerste Rechte ebenso wie die äußerste Linke die Wahlreform als ein und alles forderten und heute der reißende Strom in ein so aus Wasserlein sich wandelte, so scheint es nützlich, die deutsche Öffentlichkeit über die Ursachen dieses Phänomens zu unterrichten, das entscheidende Bedeutung für die zukünftige innere Gestaltung Italiens haben kann.

Das bisher in Italien übliche Wahlsystem entschied für jeden einen Kandidaten innerhalb des Wahlkreises in geheimer Wahl. Eine jeder Wahlkreis entsandte denjenigen Anwärter in die Kammer, der beim ersten Gang oder in der Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Also: Unterdrückung der Minderheiten. Die Reform will im Sinne des Proportionalitätens auch den Minderheiten Geltung verschaffen. Der Wahlkreis wird demgemäß erweitert; nach den bisherigen Vorschlägen sollen die einzelnen Wahlkreise einer Provinz zusammengefasst werden. Eine jede Partei stellt für eine jede Provinz ihre Kandidatenliste auf, die nicht mehr Namen enthalten darf als Abgeordnete auf die Provinz kommen. Die Stimmengahl, die der am wenigsten begünstigte Kandidat auf seinen Namen verlammt, stellt den Quotienten dar, der am Ende für diese eine Provinz das Verhältnis der Aufteilung der Abgeordnetensitze ergibt. Bereinigt jedoch die am wenigsten begünstigte Partei mehr Stimmen auf ihre Kandidatenliste, als zur Ernennung eines Abgeordneten notwendig sind, so entsendet sie zwei Abgeordnete, und der Quotient berechnet sich dementsprechend weiter.

Dem alten Wahlsystem machte man zwei Hauptvorwürfe: einmal die Unterdrückung der Minderheiten; dann aber das allzuweite Feld, das sich der Wahlbeeinflussung dadurch bot, daß ein jeder Kandidat seine Unterschlüßer genau und persönlich zu kennen und mit den ihm gut scheinenden Mitteln zu umwerben imstande war.

Sehr verschieden waren naturgemäß die Gesichtspunkte, die zunächst die verschiedenen Parteien mit dem gleichen Eifer für die Wahlreform eintreten ließen.

Die Wut gegen die Zählbarkeit des Giolitti-Blocks trieb in erster Linie die Rechte und die sogenannten Kriegsparteien ins Feld. Sie behaupteten, mit dem alten System werde jede Wahlkampagne infolge der möglichen Beeinflussung zugunsten der jeweils die Wahlen abhaltenden Regierung ausfallen, und der Giolitti-Block konnte jede Regierung zu der ihm passend scheinenden Zeit zu Fall bringen; und da dieser Giolitti-Block trotz Krieg und allem immer noch, und wegen des nicht eindeutigen Resultats des Krieges erst recht, die Entscheidung des Kabinetts noch heute in Händen hält, haben die bezeichneten Parteien in dem neuen Wahlsystem zunächst die Möglichkeit, diesen Block zu sprengen. Die Parteien der Linken konnten schon aus Prinzip einer Wahlreform nicht abgeneigt sein; sie begriffen sie um so mehr, als sie sich infolge des Stimmungsumschwungs der Massen eine bedeutende Vermehrung ihrer Sitze versprachen. Die Nationalisten ihrerseits hofften mit dem Zulauf der neuen Abgeordneten aus den befreiten Gebieten diesen Zuwachs ihrer Gegner auszugleichen, ja sogar überflügeln zu können.

Sobald aber das Parlament die Wahlreform näher anpackte, verschah es sich — schmerzlich zurückgeschreckt — der mancherlei Dornen, die sich unter dem verlockenden Duft der gepriesenen Rose verborgen hielten. Und Nitti hatte und hat noch täglich einen schweren Kampf gegen die Vertagungsanträge auszufechten, die darauf abzielen, diesem Parlament die Entscheidung unmöglich zu machen. (Das ging so weit, daß ein Vorschlag der Rechten anheimstellte, die Beschlüsse des Parlaments über die Wahlreform einer Volksentscheidung zu überlassen.) Die Rechte also, die am lautesten gegen die alte Wahlform Sturm lief, würde heute nicht mehr viel dagegen einzuwenden haben, wenn wenigstens noch die nächste Kammer nach dem alten System gewählt würde. Stärkste Unterstützung findet die Wahlreform heute nur noch bei der Linken und beim Zentrum. Vom Zentrum nach rechts lichten sich die Sympathien bedenklich. Nichts ist bezeichnender für die wahre Stimmung, als daß mit ein Parlamentarier sagen konnte: „In der öffentlichen Meinung werden zwei Parteien die meisten